

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Brigitte Klee

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Petra Kolbe
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied BASU-Fraktion

Grundmandat Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied "Die Linke"

beratendes Mitglied Al-Chafia Hammadi

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Fachbereich 50 Michael Koch
Fachbereich 32 Detlef Adena
Fachbereich 37 Michael Mindner (Komm. Leiter Rettungsdienst)

Job-Center

Geschäftsführer Wolfgang Burkert

Gas- und E-Werke

Herr Thomann (Geschäftsführer)

Herr Bürger (kaufm. Leiter)

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Gäste

2 Pressevertreter (Wilhelmshavener Zeitung)

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Helmut Möhle

beratendes Mitglied Joachim Stasch

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.02.2013
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Berufung eines Vertreters des Seniorenbeirates in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit **96/2013**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Vorstellung der Gas- und E-Werke durch den Geschäftsführer, Herrn Thomann
- 5.2 Vortrag zur Situation im Jobcenter Wilhelmshaven durch den Geschäftsführer, Herrn Burkert
- 5.3 Vertretungsregelung im Behindertenbeirat
- 5.4 Aufstellung von Parkbänken im Bereich der 3. Einfahrt
- 5.5 Armutszuwanderung aus Südosteuropa
- 5.6 Defibrillatoren: Kurzvortrag des kommissarischen ärztlichen Leiters des Rettungsdienstes Wilhelmshaven, Herrn Mindner, zum Thema: "Laienreanimation und Nutzung von automatisierten externen Defibrillatoren im öffentlichen Raum".
- 5.7 Asylbewerberleistungsgesetz

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.02.2013

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.02.2013 wird genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Berufung eines Vertreters des Seniorenbeirates in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit **96/2013**

Nach Erläuterung der Beschlussvorlage durch Herrn Reese erfolgte ein einstimmiger Beschluss:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Herr Peter Berger aus dem Seniorenbeirat der Stadt Wilhelmshaven wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit berufen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Vorstellung der Gas- und E-Werke durch den Geschäftsführer, Herrn Thomann

Herr Thomann informierte über die Arbeit der Gas- und E-Werke und die Zusammensetzung des Strompreises (s. Anlage).

Auf Frage von Frau Bakir erläuterte Herr Thomann, dass von den 180 Beschäftigten ca. 8 % Auszubildende und über 20 Personen Schwerbehinderte seien.

Nach Einschätzung von Herrn Thomann sei eine Änderung der Strompreise frühestens nach der nächsten Bundestagswahl zu erwarten.

Frau Meyer-Machtemes fragte nach der Anzahl verschuldeter Kunden und wie man mit Altschulden umgehe, um den Anschluss zu sichern.

Herr Thomann antwortete, dass sich die schwache Sozialstruktur der Stadt hier in besonderem Masse auswirke. Die im Vergleich zu anderen Kommunen hohe Zahl von einkommensschwachen Haushalten führe zu höherem Bearbeitungsaufwand bei der Bearbeitung von Gas- und Stromschulden (dafür seien ca. ein Dutzend zusätzlicher Mitarbeiter erforderlich).

Durch das Dauerschuldverhältnis gerate der Kunde bei Nichtzahlung sofort in Verzug. Die Mahnung erfolge mit 30 Tagen Frist der Androhung der Energieversorgungssperre, deren Termin angekündigt werde. Mahnungen erfolgten wöchentlich. Lediglich in wenigen Fällen könne keine Lösung (z.B. Ratenzahlung, Einsatz des Jobcenters) gefunden werden. Betroffene verschließen z.T. die Augen vor dem Problem und öffneten die Mahnungen gar nicht erst. Hinzu komme eine hohe Umzugsquote innerhalb des Stadtgebietes.

Sperrungen seien im Vergleich zur Zahl der Mahnungen selten. Die durchschnittliche Sperrung dauere lediglich 3 bis 4 Tage an.

Grundsätzlich müssten die Energiepreise gezahlt werden, ein Nachlass sei nicht möglich.

Trotz aller Maßnahmen müsse das Unternehmen eine relativ hohe Abschreibung auf Forderungen vornehmen.

Frau Biester regte an, eine Mitteilung an die Vermieter herauszugeben, falls die Sperrung längerfristig sei, um mögliche Schäden an der Mietsache zu verhindern. Dies ist laut Herrn Thomann aus datenschutzrechtlichen Gründen allerdings nicht möglich.

5.2 Vortrag zur Situation im Jobcenter Wilhelmshaven durch den Geschäftsführer, Herrn Burkert

Herr Burkert erläuterte die wichtigsten Kennzahlen (s. Anlage).

So sei die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von 2011 auf 2012 gesunken, die Entwicklung von 2005 bis 2012 sei positiv zu bewerten. An die Regionaldirektion Hannover habe man für 2013 gemeldet, dass ein leichter Anstieg erwartet werde.

In Wilhelmshaven gebe es relativ viele Bedarfsgemeinschaften mit einer Person, wenige mit 5 und mehr Personen.

Frau Kolbe fragte nach, ob der demografische Wandel Einfluss nehme.

Herr Burkert antwortete, dass es vielschichtige Gründe für einen Rückgang der Zahlen gebe, wie z.B. Renteneintritte, Mutterschutz oder Heirat. Die demografische Entwicklung sei eine Ursache von vielen, wirke sich aber sicherlich auch aus.

Herr Reese erkundigte sich, ob man (wie in Friesland) eine Beschwerdestelle einrichten wolle.

Herr Burkert erklärte, dass man dies im Rahmen der Widerspruchsstelle getestet habe, was jedoch nicht zu großem Erfolg führte. Weitere Aktionen seien z.Zt. nicht geplant.

Frau Meyer-Machtemes fragte, ob die bundesweite Erhöhung der Sanktionen auch

hier erkennbar sei.

Herr Burkert antwortete, dass häufig Personen, denen Chancen für eine Verbesserung ihrer Vermittlungschancen geboten würden, diese nicht nutzten. Auch langjährig Arbeitslose kämen nicht zu vereinbarten Terminen, was dann verstärkt Sanktionen zur Folge habe.

Man habe auch vermehrt Zuweisungen aus dem Umland erhalten, vermutlich u.a. wegen des relativ günstigen Wohnraumes in der Stadt.

Es stünden 10 Trainingsplätze für Jugendliche zur Verfügung.

Frau Meyer-Machtemes gab zu bedenken, dass diese Personen häufig persönliche Schwierigkeiten und Vermittlungshemmnisse aufwiesen. Sanktionen wären kontraproduktiv, außerdem hätten diese gravierende Folgen, wenn sich Personen aus Geldnot prostituieren würden.

Weiterhin erkundigte sich Frau Meyer-Machtemes, ob bei einer Krankschreibung grundsätzlich eine zusätzliche Bescheinigung zur Wegefähigkeit verlangt werde.

Herr Burkert erklärte, dass ein hoher Anteil des Klientels Krankschreibungen einreiche, wenn Gespräche oder Maßnahmen anstünden. Stelle man dies fest, so fordere man auch die Bescheinigung, dass diese Personen aufgrund ihrer Erkrankung nicht in der Lage seien, beim Jobcenter vorzusprechen. Es gebe Krankheiten, mit denen man durchaus zu einem vereinbarten Gespräch kommen könne.

Dieses Vorgehen werde jedoch nicht grundsätzlich in jedem Fall angewandt.

Herr Walpurgis hat von Fällen gehört, in denen für die Bearbeitung eingereichte Unterlagen nicht angekommen seien.

Herr Burkert hat einmal den Weg der Unterlagen im Jobcenter verfolgt und keine Mängel festgestellt. Allerdings könne es im Einzelfall passieren, dass ein Schriftstück in einer falschen Akte abgelegt werde.

Herr Hammadi regte an, mit dem Ausschuss einmal eine Maßnahme des Jobcenters zu besichtigen.

Herr Burkert gab abschließend zu bedenken, dass es viele Personen gebe, die aufgrund multipler Vermittlungshemmnisse nicht für den allgemeinen Arbeitsmarkt geeignet seien. Für diesen Personenkreis müssten besondere Angebote aufgelegt werden.

5.3 Vertretungsregelung im Behindertenbeirat

Herr Koch erklärte, dass der ursprüngliche Ratsbeschluss zur Bildung des Behindertenbeirates keine Vertretungsregelung vorsehe. Im Beirat seien größtenteils ältere oder behinderte Menschen vertreten, weshalb oftmals gesundheitlich bedingte (auch längere) Fehlzeiten entstünden. Der Beirat habe deshalb den Wunsch geäußert, dass ein erweiterter Ratsbeschluss mit einer Vertretungsregelung gefasst werde.

Herr Reese sprach sich analog der Regelung für den Seniorenbeirat für die Anwesenheit eines Behindertenbeiratsmitgliedes im Sozial- und Gesundheitsausschuss aus.

Der Ausschuss nahm beide Vorschläge positiv zur Kenntnis.

5.4 Aufstellung von Parkbänken im Bereich der 3. Einfahrt

Herr Koch informierte, dass es im Bereich Nassaubrücke / Molenfeuer für behinderte Menschen nur eingeschränkte Möglichkeiten gebe, sich bei einem Spaziergang zwischendurch auf Sitzbänken auszuruhen.

Man habe mit dem Deichverband gesprochen, der wiederum auf die untere Deichbehörde verwies. Diese erteile eine Genehmigung zur Aufstellung von Sitzbänken, wenn sich jemand findet, der die Bänke beschafft und unterhält.

Die WTF wäre zuständig, könne die Bänke jedoch aus Kostengründen nicht aufstellen und unterhalten.

Man stellte im Ausschuss fest, dass für diesen Zweck Spenden / Sponsoren benötigt werden.

Die grundsätzliche Notwendigkeit des Vorhabens wurde unterstützt.

5.5 Armutszuwanderung aus Südosteuropa

Herr Adena (Ausländeramt) informierte, dass ab dem 01.01.2014 in der EU die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren gelte. Diese bedeute grundsätzlich, dass alle EU-Bürger das Recht haben, sich innerhalb der EU frei zu bewegen – als Arbeitnehmer oder Selbständiger. Die Rumänen und Bulgaren haben dann die gleichen Rechte wie die anderen EU-Arbeitnehmer, auch auf Sozialleistungen.

Die ersten 3 Monate nach der Einreise dürfe man sich ohne Nachweise hier z.B. zu Besuchszwecken oder als Tourist aufhalten. Durch das Schengenabkommen erfolgten keine Grenzkontrollen, weshalb die Ein- und Ausreise nicht registriert werde.

Nach den 3 Monaten sei es möglich, sich als Arbeitnehmer eine Arbeitsstelle zu suchen. Das Ausländeramt schreibe die entsprechenden Ausländer an und fordere Nachweise über die Arbeitsaufnahme und den Krankenversicherungsschutz (Grundvoraussetzung). Das Aufenthaltsrecht bestehe dann automatisch, ein Antrag oder die Ausstellung einer Freizügigkeitsbescheinigung sei entbehrlich.

Anfang der Woche seien 4.283 Ausländer in Wilhelmshaven gemeldet gewesen, davon 99 Bulgaren und 111 Rumänen. Seit 2012 seien 55 Bulgaren und 40 Rumänen zugezogen.

Diese Zahlen seien relativ gering und nicht mit denen von Duisburg-Rheinhausen, das oftmals als Negativbeispiel herangezogen werde, vergleichbar.

Der Personenkreis sei in Wilhelmshaven z.T. selbständig tätig und halte sich hier daher rechtmäßig auf.

Derzeit gebe es in der Stadt 68 Bulgaren und 30 Rumänen, die als selbständig angemeldet seien. Die Betätigungsfelder stellten bei Männern größtenteils

Trockenbau/ Innenausbau und bei Frauen Begleitservice oder Hostessen.
Die Frauen seien meist zwischen 19 und 25 Jahre alt und prostituierten sich zu einem großen Teil.

Der Anteil von Leistungsbeziehern in diesem Personenkreis sei in Wilhelmshaven gering, es sei kein Fall bekannt, der nach der Einreise sofort Sozialleistungen beantragt habe.

Die Frage von Frau Meyer-Machtemes, ob die Frauen sich freiwillig prostituierten und sich selbst anmelden bzw. angemeldet werden, konnte Herr Adena nicht beantworten.

Herr Adena nannte die Zahlen für die zum III. Quartal 2013 angekündigten AsylbewerberInnen :

Danach sind 127 Personen insgesamt angekündigt, davon 20 bisher zugewiesen, in den nächsten 2-3 Wochen kurzfristig angekündigt: 9 Personen.

5.6 Defibrillatoren: Kurzvortrag des kommissarischen ärztlichen Leiters des Rettungsdienstes Wilhelmshaven, Herrn Mindner, zum Thema: "Laienreanimation und Nutzung von automatisierten externen Defibrillatoren im öffentlichen Raum".

Herr Mindner erläuterte den Gebrauch eines Defibrillators (s. Anlage).

Er plädierte für die Ausweitung der Installation solcher Geräte, wozu Sponsoren benötigt würden. In Oldenburg habe man dies in Kooperation mit einer Bank so geregelt, dass in den Vorräumen, in denen EC-Automaten aufgestellt sind, die Geräte zu finden seien.

Aus Reihen des Ausschusses kam der Vorschlag, eine Vorführung des Gerätes vorzunehmen, wozu Herr Mindner gerne bereit wäre.

Herr Dr. Rübsamen ergänzte, dass die Stadt bereits Sponsoren für die Anschaffung weiterer Geräte gesucht habe, jedoch nicht genügend Unterstützung gefunden wurde. Die Idee mit der Bank als Partner bewertete er positiv. Er wünschte sich auch in Zukunft, dass die Ratsmitglieder die Arbeit der Feuerwehr unterstützten.

5.7 Asylbewerberleistungsgesetz

Herr Stoffers informierte, dass das Innenministerium mitgeteilt habe, dass die bisherige Rechtsauffassung zur Gewährung überwiegend von Sachleistungen an Asylbewerber aufgegeben werde. Künftig bleibe es den Leistungsbehörden (Sozialverwaltung) überlassen, bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten selbst zu bestimmen, die Leistungen zur Deckung des Existenzminimums in Form von Wertgutscheinen oder Geldleistungen zu gewähren.

Dies bedeutet, dass es jetzt im freien Ermessen der Leistungsbehörde stehe, entsprechend zu verfahren.

Die Stadt werde ab dem 01.05.2013 ausschließlich Geldleistungen auszahlen.

Dies wurde vom Ausschuss einhellig begrüßt.